

Leipzig. Die Zeitung erscheint mit Ausnahme des Montags täglich und wird Nachmittags 4 Uhr ausgegeben.

Preis für das Vierteljahr 1 1/2 Thlr.; jede einzelne Nummer 2 Ngr.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gerechtigkeit»

Zu beziehen durch alle Postämter des In- und Auslandes, sowie durch die Expedition in Leipzig (Querstraße Nr. 8).

Insertionsgebühr für den Raum einer Zeile 2 Ngr.

Deutschland.

Aus Mitteldeutschland, 13. Jan. Sämmtliche frankfurter Blätter haben gestern einen gleichlautenden Artikel veröffentlicht, welcher mittheilt: „Die Bundesversammlung habe beschlossen, den wesentlichen Inhalt ihrer Verhandlungen, soweit sich diese überhaupt zur Bekanntmachung eignen, von Anfang dieses Jahres an durch die Tagesblätter, und zwar zunächst durch die am meisten verbreiteten frankfurter Zeitungen, zu veröffentlichen.“ Der Artikel begleitete diese Mittheilung mit der Bemerkung: „Wenn auf diese Weise ein vielfach gefühltes Bedürfnis befriedigt ist, so wird «unberechtigten», den Sachverhalt häufig entstellenden «Mittheilungen» um so entschiedener entgegengetreten werden können.“ (Nr. 12.) Eine nähere Auslegung dieser an sich nicht verständlichen Bemerkung wird nicht geboten, und ihr Sinn bleibt darum dunkel. Daß er dies jedoch nicht bleibt, liegt im allgemeinen Interesse der Presse, der Redactionen, die sich aus einer nicht verstandenen Bemerkung keine Rügen anwenden können. Was heißt der Presse gegenüber „unberechtigte Mittheilungen“? Für die Presse gibt es keine. Alles was Thatsache ist, gehört der Presse an, solange das Gesetz ihr nicht verbietet, die Tagesgeschichte zu schreiben und zu besprechen. Wodurch aber insbesondere könnte eine Zeitungsmittheilung über Bundesfachen zu einer unberechtigten werden? Dadurch etwa, daß sie nicht auf notorisch officiellen Wege in die Oeffentlichkeit gekommen? Das wäre ein neuer und eigenthümlicher Grundsatz. Nach dieser Definition würden alle nicht notorisch officiellen Mittheilungen der Presse über Verhandlungen und Handlungen der Cabinete unberechtigt zu nennen sein, wäre die ganze Presse mit nur geringen Ausnahmen eine einzige große Nichtberechtigung. Die Presse hat umso mehr Grund, einer genaueren Definition jener „unberechtigten Mittheilungen“ entgegenzusehen, als die angeführte Bemerkung meint, „es werde denselben nun um so entschiedener entgegengetreten werden können“. Die Kenntnis der Strafgesetze, der Sinn für Billigkeit, Anstand und Sitte genügen, um die Redactionen von der Aufnahme von Mittheilungen abzuhalten, die ihnen die Strafe der Gesetze oder die Mißbilligung der gebildeten und gesitteten öffentlichen Meinung zuziehen könnten; allein sie reichen nicht hin, um eine Auslegung der „unberechtigten Mittheilungen“ des Artikels der frankfurter Blätter zu präcisiren, „denen nun um so entschiedener entgegengetreten werden könne“. Der Artikel sagt entweder zu wenig oder zu viel. Er verschweigt entweder, was zu seinem eigenen Verständnis notwendig ist, oder er macht ungeachtet seiner Kürze zu viele Worte, um auszusprechen, daß die in Aussicht gestellten officiellen Veröffentlichungen der Bundesverhandlungen zum Zweck haben, der Entstellung derselben in der Presse vorzubeugen.

Preußen. — Berlin, 15. Jan. Hr. v. Seebach ist, wie bereits gemeldet, auf seiner Rückreise von Petersburg am 12. Jan. früh hier angekommen. Derselbe hat sich von hier nicht nach Dresden, sondern direct nach Paris begeben, und zwar mit dem am Abend desselben Tages von hier abgegangenen königlichen Kurierzuge. Hr. v. Seebach hat also hier etwa einen Tag verweilt, welche Zeit er hauptsächlich zu Besuchen bei dem Ministerpräsidenten v. Manteuffel und dem hiesigen russischen Gesandten Baron Dubberg benutzte. In Paris ist die Ankunft des Hrn. v. Seebach am 13. Jan. Abends spät erfolgt. Gestern hatte er, wie der Telegraph aus Paris meldet, eine Audienz bei dem Kaiser Ludwig Napoleon, um demselben über den Inhalt der nach Wien abgegangenen russischen Gegenvorschläge die erforderlichen detaillirten Mittheilungen zu machen. Nach dieser Audienz hatte Hr. v. Seebach eine längere Unterredung mit dem Grafen Salawski. Bevor wir von den Andeutungen reden, welche gleichzeitig auch schon über die Aufnahme der russischen Gegenvorschläge in Paris gegeben werden, ist es nöthig, daß wir zuvörderst auf die Gegenvorschläge selbst zurückkommen. Ueber den Inhalt derselben sind zwar schon mehrere Mittheilungen von verschiedenen Seiten gemacht worden; allein diese Mittheilungen haben, wenn sie im Allgemeinen auch richtig sind, doch viel Ungenaues, und in mancher Beziehung bedürfen sie einer nicht unwesentlichen Ergänzung. Das in dieser Beziehung Nöthige mag aus folgender Darstellung, für deren Richtigkeit wir bürgen können, entnommen werden. In dem auf die Neutralisation des Schwarzen Meeres sich beziehenden Punkte hat Rußland seine früheren Vorschläge nachträglich noch so weit ausgedehnt, daß man in unterrichteten Kreisen der Meinung ist, daß die Wiederherstellung des Friedens, wenn sie lediglich nur noch von dieser Frage abhänge, wol nicht ohne guten Grund würde gehofft werden können. Dagegen stößt die Abtretungsfrage auf die allergrößten Schwierigkeiten. Um Alles, was sich einer freien Entwicklung der Donauschiffahrt hindernd oder irgendwie lähmend würde entgegenstellen können, seinerseits principiell mit wegräumen zu helfen, würde Rußland sich wol dazu verstehen, das Donaudelta, d. h. das von der Kilia- und Sulina- mündung gebildete Dreieck, zum Opfer zu bringen; auf Weiteres aber will

Rußland sich durchaus nicht einlassen, und auch dieses Eine soll, nach russischer Auffassung, nicht sowol den Charakter einer eigentlichen Abtretung, als vielmehr nur den eines freiwilligen Opfers im allgemeinen Interesse der Freiheit der Donauschiffahrt tragen. An diesem Interesse glaubt auch Rußland sich theilhaftig, und darum stellt es in Bezug auf den Charakter, welchen das betreffende Stück Landes in Zukunft haben soll, noch besondere Vorbehalte und Bedingungen auf. Das Princip des Austausch, welches die Westmächte für die eventuelle Räumung und Zurückgabe des von ihnen besetzten Theils der Krim etc. aufgestellt haben, verwirft Rußland überhaupt. Die Westmächte sollen die Krim räumen, ohne daß von Rußland, wenn Frieden geschlossen wird, in der Abtretung eines andern Territoriums irgendein Aequivalent dafür verlangt werde. Rußland gebe seinerseits auch ohne Ersatz die Festung Kars zurück. Wollte man gleichwol bei dem Princip des Austausch stehen bleiben, so frage Rußland, ohne darum das betreffende Princip zu billigen: Was es denn für die Zurückgabe von Kars erhalten solle? Das ist der wesentliche Inhalt und Gedankengang der russischen Rückäußerung. Sie ersehen hieraus, daß die Angabe, daß Rußland jede Gebietsabtretung ablehne, an und für sich zwar richtig ist, daß man aber, indem man die Anerbietungen Rußlands hinsichtlich des Donaudelta gänzlich verschweigt, einen Punkt übergeht, der, wenn es sich hier auch nicht um eine gezwungene Gebietsabtretung handeln soll, bei der gegenwärtigen Situation doch immerhin als von wesentlicher Bedeutung erachtet werden muß. Freilich mögen diese Anerbietungen, da die Westmächte verlangt haben und auch wol schwerlich davon abgehen, daß Rußland ihre Bedingungen pure annehme, in der Hauptsache wol kaum etwas ändern, und es ist darum andererseits auch nicht abzusehen, wie die Oesterreichische Correspondenz die russischen Gegenvorschläge als conciliant betrachten und an dieselben noch Hoffnungen auf ein günstiges Resultat knüpfen kann. Hier in Berlin theilt man diese Hoffnungen durchaus nicht, und die vorläufigen Andeutungen aus Paris, auf die wir vorhin hingedeutet haben, dürften wol kaum bezweifeln lassen, daß die Ansicht, welche man hier von der Sache hat, die richtige ist. Sobald die russischen Gegenvorschläge von Wien aus in London und Paris officiell mitgetheilt sind, haben wir von Seiten der Westmächte die Anzeige, daß die Unterhandlungen abgebrochen, verbunden mit einem neuen Appell an die Waffen, zu erwarten. Hierüber gebe man sich doch ja keinen Augenblick einer Illusion hin. Die Nachricht, daß Oesterreich seine Gesandtschaft von Petersburg nunmehr abberufen werde, ist auch hierhergemeldet worden. Es handelt sich hier freilich fürs erste nur noch um ein Gerücht, aber um ein solches, welches nicht bloß in den finanziellen, sondern auch in den diplomatischen Kreisen Wiens ziemlich allgemein verbreitet war. Ob die Angabe, daß dieses Gerücht zunächst nur auf ein Verlangen der westmächtl. Gesandten in Wien zurückzuführen sei, richtig ist, müssen wir dahingestellt sein lassen; doch glauben wir die beiläufige Erwähnung dieser Angabe nicht unterlassen zu sollen. Auf jeden Fall ist die Stellung Oesterreichs jetzt eine äußerst schwierige. Ruft es seinen Gesandten von Petersburg ab, so ist es mit Rußland außer aller diplomatischer Verbindung getreten, ohne mit dieser Macht in Krieg zu sein oder in Krieg zu treten; ruft es ihn nicht ab, so droht seine Stellung zu den Westmächten leicht sehr mißlicher Art zu werden. Hier ist man der Meinung, daß Oesterreich seinen Gesandten in Petersburg belassen und sich, so gut es geht, auch ferner noch nach beiden Seiten durchzuhelfen bemüht sein dürfte. Vielleicht findet Oesterreich in den russischen Gegenvorschlägen, wenn solche von den Westmächten auch zurückgewiesen werden, doch noch immer geeignete Momente zur Fortführung seiner Friedensunterhandlungen. Hervorzuheben ist in principieller Beziehung, daß Graf Buol am Schlusse der jüngsten Wiener Conferenzen erklärt hat, daß die Auffindung und Verfolgung solcher Momente immerfort die wärmste Sorgfalt des kaiserlichen Cabinets in Anspruch nehmen werde, und was speciell den jetzigen Fall betrifft, so dürfte die Sprache der Oesterreichischen Correspondenz wol schon zu verstehen geben, daß Oesterreich auch jetzt auf dieser Bahn noch weiter zu wandeln entschlossen. Auf jeden Fall ist an eine Abberufung des österreichischen Gesandten in Petersburg so lange nicht zu glauben, als die Abberufung selbst nicht in officieller Form erfolgt ist, und es ist darum das Vorhin Ange deutete zur richtigen Beurtheilung der Situation umso mehr festzuhalten, als es namentlich bei der jetzigen Lage der Dinge an verwirrenden Zeitungsnachrichten nicht fehlen wird.

— Die Mainzer Zeit vom 11. Jan. enthält folgenden Brief aus Berlin: „Die Freunde des Friedens haben mit mehr Schmerz als Ueberraschung den frostigen Empfang des Grafen Esterházy beim Kaiser Alexander erfahren. Bei Sr. Majestät vortretend, übergab der Graf das österreichische Ultimatum, mit der Bitte, sich den ehrenhaften Bedingungen geneigt zeigen zu wollen, von welchen der Kaiser Franz Joseph seiner fest-